



Stadtparlament: Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage Beatrice Truniger Blaser: „Femmes-Tische“ – ein sinnvolles Projekt mit grosser Wirkung; Beantwortung**

Am 17. Januar 2012 reichte Beatrice Truniger Blaser die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Femmes-Tische – ein sinnvolles Projekt mit grosser Wirkung" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

**1 Ausgangslage**

Im Sommer 2008 hat Caritas St.Gallen mit dem Aufbau des Pilotprojektes „FemmesTische“ mit Migrantinnen in der Agglomeration St.Gallen begonnen. In den ersten zwei Projektjahren 2008/2009 wurden insgesamt 160 „FemmesTische“ durchgeführt, davon 95 in der Stadt St.Gallen. Im Jahr 2010 wurden wiederum 85 und im Jahr 2011 50 „FemmesTische“ in der Stadt St.Gallen organisiert, an denen grossmehrheitlich in St.Gallen wohnhafte Frauen teilgenommen haben. Die Teilnehmerinnen diskutierten vor allem Erziehungsfragen, Fragen der Suchtprävention und Fragen zur Ernährung und Bewegung.

Für die dreijährige Projektphase waren knapp CHF 120'000 budgetiert, welche aufgrund des Projektcharakters zu einem grossen Teil aus Integrationsförderbeiträgen des Bundes (Eidgenössische Ausländerkommission, ca. 25 %) und des Kantons St.Gallen (ca. 25 %) finanziert wurden. Rund die Hälfte der Finanzierung konnte vom Projektfonds der Caritas Schweiz aufgebracht werden. Aufgrund der grossen Nachfrage wurde das Angebot erhöht, so dass höhere Kosten entstanden sind als ursprünglich budgetiert. Aufgrund dessen bemühte sich die Caritas, die kommunale Ebene stärker in die Finanzierung einzubinden. Die Stadt St.Gallen beteiligte sich im Jahr 2009 mit CHF 4'200 und im Jahr 2010 mit CHF 8'000.

Gemäss Schreiben vom August 2010 plante die Caritas in der Stadt St.Gallen die jährliche Durchführung von 80 „FemmesTischen“ und ersuchte die Stadt St.Gallen um einen jährlich



wiederkehrenden Beitrag in der Höhe von CHF 40'100 aus dem städtischen Integrationsfonds. Mit diesem Beitrag hätte die Stadt St.Gallen die „FemmesTische“ als alleinige Kostenträgerin finanziert. Dieser Beitrag übersteigt jedoch die finanziellen Möglichkeiten des städtischen Integrationsfonds. Zudem ist aufgrund des Reglements die dauerhafte Finanzierung von Regelangeboten aus dem Integrationsfonds nicht möglich. Problematisch erwies sich ausserdem, dass die Trägerschaft die Projektentwicklung nicht auf die städtischen Planungsprozesse abstimmte und auch keine Absprache bzw. Verknüpfung mit lokalen Akteuren bzw. Akteurinnen im Bereich der Elternbildung stattgefunden hat. Dies wurde der Caritas vom zuständigen Amt für Gesellschaftsfragen der Stadt St.Gallen mitgeteilt, worauf die Caritas der Stadt ein leicht reduziertes Angebot offerierte (jährlich 65 „FemmesTische“ – Kosten rund CHF 30'000). Darauf reagierte die Stadt St.Gallen mit dem Kompromissangebot, die „FemmesTische“ mit CHF 20'000 jährlich zu unterstützen. Dies mit dem Ziel, ein reduziertes Angebot für spezifische Zielgruppen sicherzustellen. Dieser Vorschlag wurde von der Caritas nicht akzeptiert. Die Organisation entschied, das Projekt „FemmesTische“ per Ende Juni 2011 in der Stadt St.Gallen abzuschliessen. Für diese Phase des Projektabschlusses gewährte die Stadt St.Gallen der Caritas einen Beitrag von CHF 15'000. Aus Sicht der Direktion Soziales und Sicherheit, für welche die Qualität des Projektes unbestritten ist, wäre es zielführender gewesen, das Projekt auf tieferer Stufe (oder allenfalls unter Inanspruchnahme von Beiträgen der Caritas im ursprünglich vorgesehenen Ausmass) weiterzuführen. Dies entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise in anderen Projekten, denen die finanzielle Unterstützung durch die Stadt nicht in jenem Ausmass gewährt wird, welches die Projektführenden beantragen.

## **2 Elternbildungsangebote in der Stadt St.Gallen**

Die Angebote im Bereich der Elternbildung unterstützen und begleiten Eltern in ihrer Aufgabe als Erziehende und helfen mit, dass sich Kinder und Erwachsene in den Familiengemeinschaften entfalten und entwickeln können. Elternbildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention. Dies geschieht heute vorwiegend in Veranstaltungen, Kursen, Vorträgen, Gruppen- und Projektarbeiten sowie in offenen Gesprächsrunden. Zur informellen Elternbildung werden ausserdem Elternbriefe, thematisch ausgerichtete Zeitschriften sowie Radio- und Fernsehsendungen zu Erziehungs- und Familienthemen gezählt.

In der Stadt St.Gallen besteht bereits heute ein umfangreiches Angebot im Bereich Elternbildung. Zu denken ist an die Angebote des Ostschweizerischen Vereins für das Kind OVK (Mütter- und Väterberatung, Mobile), entsprechende Angebote der Schule, der SpiKi-Spielgruppen, Kinderkrippen und der Pflegekinderaktion im Rahmen ihrer Elternarbeit. Zur Elternbildung zählen auch die von Elternforen und von anderen privaten Akteuren oder öffentlich-rechtlichen Trägerschaften organisierten Angebote ebenso wie die Elternbriefe der



Pro Juventute. Ein Teil davon wird bereits heute von der Stadt St.Gallen finanziell unterstützt.

Wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, steigt die Zahl der Angebote im Bereich Elternbildung laufend – und damit auch die Anzahl Subventionsbegehren an die Stadt St.Gallen. Ein wichtiges Kriterium für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung durch die Stadt ist die Abstimmung der Angebotsentwicklung mit dem städtischen Planungsprozess sowie anderen lokalen Anbietern und Anbieterinnen.

Als Folge der gestiegenen Zahl von Subventionsbegehren im Frühbereich hat sich die Direktion Soziales und Sicherheit entschieden, bis Sommer 2012 eine vertiefte Analyse sowohl der Angebote als auch des effektiven Bedarfs seitens der Zielgruppe „Familien mit Kindern im Vorschulalter“ vorzunehmen. Ziel der Standortbestimmung ist die Erarbeitung zusätzlicher Entscheidungsgrundlagen im Bereich der Elternbildung, die für die städtische Unterstützung von bestehenden und künftigen Angebote wegweisend sein sollen.

Der Stadtrat teilt die Meinung der Antragstellerin, dass es nicht ideal ist, während der Projektphasen angeeignetes Wissen und Erfahrungen stillzulegen. Umgekehrt muss es aber auch möglich sein, eine derartige Entscheidung nach Durchführung und Mitfinanzierung eines Pilotprojektes zu fällen. Andernfalls wäre es sinnlos, überhaupt von Pilotprojekten zu sprechen. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass durch ein gemäss den Analyseergebnissen zusammengestelltes Angebot wie auch durch die Abstimmung der verschiedenen Anbieter untereinander in Zukunft in der Stadt St.Gallen ein zielgerichtetes Angebot entstehen wird, in das bisher aktive Akteure und Akteurinnen eingebunden werden können. Dabei ist eine erneute Zusammenarbeit mit „FemmesTische“ möglich.

### **3 Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung während der Übergangsphase**

In der Einfachen Anfrage wird nach den Voraussetzungen gefragt, welche erfüllt sein müssen, damit die Stadt St.Gallen für das laufende Jahr doch noch Beiträge an Präventions- und Integrationsprojekte wie „FemmesTische“ und „schritt:weise“ bezahlt. Tatsache ist, dass nach Ablauf der Projektphase und im Hinblick auf eine Überführung von „FemmesTische“ bzw. „schritt:weise“ in die Regelstrukturen weder vom Bund noch von den Kantonen weitere finanzielle Unterstützung zu erwarten ist. Gleiches gilt aufgrund der Überführung der Angebote in die Regelstruktur auch für den städtischen Integrationsfonds.

Unter den genannten Umständen besteht für beide Angebote in der Stadt einzig die Möglichkeit, jeweils einen Nachtragskredit zulasten der Laufenden Rechnung 2012 zu sprechen. Dieser ist vom Stadtparlament zu genehmigen (vgl. Beantwortung der Einfachen Anfrage Rahel Gerlach „Frühförderungsprogramme HEKS schritt:weise; Unterbruch der Zusammenarbeit mit der Stadt St.Gallen“).



#### **4            Finanzielle Unterstützung seitens des Kantons St.Gallen**

Wie unter Ziffer 3 bereits dargelegt, hat die Überführung von Projekten in die Regelstruktur zur Folge, dass der Bund wie auch der Kanton keine Möglichkeit haben, entsprechende Angebote im Rahmen der Integrationskredite weiterhin zu unterstützen. Dabei geht es nicht um eine in der Einfachen Anfrage vorgeworfene „Sparwut“, sondern um gesetzliche Grundlagen auf Bundes- und kantonaler Ebene, welche eine entsprechende Mitfinanzierung nicht ermöglichen.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Einfache Anfrage vom 17. Januar 2012

